

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich
(mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Telephonanschluß Nr. 8.]

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Hermiträger,
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

M 262.

Freitag den 6. November.

1896.

„Selbsthilfe“ der Zuckerindustrie.

* * * Nachdem die Lage der deutschen Zuckerindustrie in Folge des neuen Zuckersteuergesetzes sich nicht verbessert, sondern verschlimmert hat, will man es nunmehr einmal mit der „Selbsthilfe“ versuchen. 26 Jahre lang hat sich die Zuckerindustrie anfangs mit Verflechten und schließlich skrupellos mit offenen Staatszuschüssen auf Kosten der Konsumenten aufpäppeln lassen — in 21 Jahren haben die Zuckerfabriken nach einer offiziellen Berechnung einen Zuschuß von 137 Millionen erhalten — aber seit die Rübensteuer und damit die Exportprämien für die guten Rübenbuden beseitigt und damit die Konkurrenz weiterer Kreise erleichtert ist, hat die Einigkeit, mit der bis dahin die Konsumenten ausgebeutet wurden, einen Riß erhalten und so ist das Gesetz vom 28. Mai zu Stande gekommen, für welches schon jetzt Niemand die Verantwortlichkeit übernehmen will. Auf gesetzlichem Wege eine Aenderung herbeizuführen, ist in dem gegenwärtigen Reichstag nicht möglich. Nunmehr soll Hilfe auf dem Wege der „Selbsthilfe“, d. h. durch einen Zuckerring gesucht werden. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn die Zuckerindustrie auf die Staatszuschüsse verzichten wollte. Aber davon ist keine Rede. Das Reich soll fortfahren, der Zuckerindustrie die doppelten Ausfuhrprämien auf Kosten der Konsumenten zu zahlen; dagegen sollen diese durch den beabsichtigten Zuckerring gezwungen werden, weitere größere Opfer zu bringen. Das nennt man dann „Selbsthilfe“. Wie die Sache sich in der Praxis gestalten wird, davon entwirft ein Sachverständiger in einer Zuschrift an die „Saaleztg.“ ein sehr verdienstliches Bild. Nach dem Plan des deutschen Inlandszucker-Syndikats soll auf jeden im deutschen Reich erzeugten Doppelcentner Rohzucker eine Vergütung von 2 Mk. gewährt und überdies den dem Syndikat angehörenden Zuckerfabriken noch ein angemessener Betrag gewährt werden. Die deutsche Zuckerproduktion im laufenden Betriebsjahre beträgt etwa 18 Mill. Doppelcentner im Rohzuckerwerth. Davon können etwa 6 Millionen Doppelcentner im Inlande verbraucht werden, der Rest von etwa 12 Millionen Doppelcentner muß zur Ausfuhr gelangen. Eine Besteuerung dieses auszuführenden Zuckers ist unmöglich; denn das Ausland zahlt nur den steuerfreien Weltmarktpreis; für die Zwecke des Syndikats bleibt also nur der im Inlande verbrauchte Zucker von etwa 6 Millionen Doppelcentner. Um aus dieser Gewichtsmenge die geplante Vergütung von 2 Mark auf die Gesamtmenge von 18 Millionen Doppelcentnern, also 36 Millionen Mark, und ferner den Gewinn der Raffinerien samt den Syndikatskosten von etwa 6 Millionen Mark herauszuschlagen, muß das Syndicat den Preis des Consumzuckers um sieben Mark den Doppelcentner in die Höhe schrauben! Heute kostet gemahlener Melis, in Magdeburg verfeuert 42 1/2 Mark der D.C., während die gleiche Qualität dieses Zuckers in London nur etwa 22 Mark per D.C., also etwas mehr als die Hälfte kostet. Erreicht aber das Syndicat seinen Zweck, so wird der Preis in Magdeburg auf 51 bis 51 1/2 Mark steigen und der Preis in London wahrscheinlich noch 1/2 bis 1 Mark sinken, weil die Maßnahme des Syndikats als indirecte Exportprämie wirkt. Der Preis im Inlande wird dann das zweieinhalbfache des Auslandswerthes betragen! „Ist es nicht schon jetzt widerförmig genug, schließt die „Saaleztg.“, daß in Deutschland, welches unter allen Zucker erzeugenden Ländern der Welt die bei weitem erste Stelle einnimmt, das kilo Verbrauchs-zucker doppelt so teuer bezahlt werden muß, als in England, welches keinen Centner Zucker selbst erzeugt, sondern seinen gesammten Zuckerbedarf aus dem Continente oder den Colonien kaufen muß? Wie unwirtschaftlich und verwerflich ist es also,

wenn das geplante Inlands-Syndicat dieses Mißverhältnis noch erheblich zu Ungunsten und auf Kosten der deutschen Zuckerwerker verschärfen will! Darum fort mit diesem Zuckersyndicat! Die deutsche Zuckerindustrie befindet sich keineswegs in einer solchen Nothlage, welche die geplante rückwärtslose Selbsthilfe rechtfertigen könnte.

Der Sieg Mac Kinley's

Bei der amerikanischen Präsidentenwahl ist unter Umständen erfolgt, welche die Niederlage des Silberdemokraten Bryan in unvorhergesehener Weise zu erschweren, gleichzeitig aber die Befürchtungen einer inneren Hochschulzollera unter dem neuen Präsidenten abzumildern geeignet ist. Das bimetalistische Programm Bryans hat demselben einen erheblichen Theil der bisherigen demokratischen Partei absperrig gemacht und für den Vertreter der Goldwahrung gewonnen, und das trotz des Briefes an den Gouverneur von Texas, in dem Rüst Bismarck im Widerspruch mit seiner offiziellen Währungspolitik seine feste Vorliebe für Doppelwährung bekannt hat. Mit Bryan und seinen Freunden trauern auch unsere Agrarier und Silberleute in Sad und Noth über die Niederlage ihres Ideals und den Sieg der „Gläubigerklasse“, gegen die sich die Herren v. Plöz und Gen. in ihrem Subjugationstelegramm an Bryan bei Gelegenheit des Vöcker internationalen Landwirtschaftscongresses mit dem Candidaten für solidität erklärt hatten. Auf der anderen Seite hat die Spaltung der Demokraten und der Uebergang eines Theils derselben zu dem republikanischen Candidaten die kriegende Partei genöthigt, etwas Wasser in ihren Hochschulwein zu gießen. Mac Kinley ist bekanntlich der Vater des Tarifgesetzes von 1890, dessen schutzöllnerische Uebertreibungen Nordamerika — freilich nicht dieses allein — wirtschaftlich schwer geschädigt haben, so daß bereits im Jahre 1894 der Congress eine Abschwächung desselben herbeiführen mußte. Der neue Präsident wird sich also in politischen Fragen wägen müssen, namentlich wenn bei dem demnächst stattfindenden Neuwahlen zum Congress die Gegner des Hochschulzolls, die jetzt mit Rücksicht auf die Silberfrage für Mac Kinley gestimmt haben, eine Verstärkung der anti-schutzöllnerischen Mehrheit herbeiführen. Das wird man freilich zunächst noch abwarten müssen. In Amerika kommt es nicht selten ganz anders, als man erwartet.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag über den Dringlichkeitsantrag Barenther auf Erlass eines Gesetzes zum Schutze der Wahlfreiheit verhandelt. Barenther bekämpfte die Anträge der Majorität des permanenten Strafgesetzes-Ausschusses als zu wenig scharf und trat für die weitergehenden Anträge der Minorität ein. Der Regierungsvorredner Sektionschef Ritter von Krall wies auf die wiederholten Erklärungen des Justizministers hin; es sei zweckmäßiger, die Lücken des Strafgesetzes nicht durch Novellen, sondern durch die Reform des ganzen Strafgesetzes zu beseitigen. Die Regierung sei bereit, den Wünschen des Hauses zu entsprechen, würde aber empfehlen, auf die im Strafgesetzentwurf der Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen zurückzugreifen. Nach längerer Debatte beschloß das Haus mit großer Majorität, den Antrag Barenther an den Strafgesetzs-Ausschuß zurückzuverweisen.

Rußland. In den deutsch-russischen Beziehungen veröffentlicht die „Köln. Ztg.“ einen längeren Artikel, welcher die russische Auffassung des Verhältnisses Rußlands zu seinem europäischen Nachbar auf Grund von Rednerungen einflußreicher Russen bespricht und zu dem Schluß kommt,

Rußland und Deutschland hätten keine widerstreitenden Interessen, nur habe Deutschland das zwingende Interesse, zu verhindern, daß der Samen der feindlichen Interessengegenlage aufsprühle. Dieses könnte dadurch geschehen, daß man angesichts der mächtigen panslavistischen Bestrebungen sich hätte, dem Polonismus Vorstoß zu leisten. In Oesterreich müßten einschlägige politische Kreise sich alle Mühe geben, Oesterreich-Ungarn von einer innerpolitischen Richtung abzulenken, die auf die Dauer den Frieden gefährde. Je mehr dort das Polentum begünstigt werde, desto mehr komme das orthodoxe und das rutenische Slaventhum in die Lage der Unterdrückten, Rußland würde dem auf die Dauer nicht gleichgültig zusehen. Ob bei kriegerischen Verwicklungen Deutschland für Oesterreich-Ungarn eintreten könne, sei bei dem revanchelustigen Frankreich nicht möglich zu entscheiden, wohingegen Italien bei Eintritt der gefährlichen Sachlage mit eingreifen würde.

Frankreich. Ueber die Haltung Frankreichs in der Orientfrage wurde am Dienstag in der französischen Kammer verhandelt. Der Abg. Hubbard hat eine Interpellation eingebracht, in der er namentlich Auskunft darüber verlangte, was die Regierung zum Schutze der Armenier gethan habe oder zu thun beabsichtige. Aus der Beantwortung der Interpellation durch den Minister des Auswärtigen Hanotaux ging hervor, daß Frankreich in der Orientfrage in vollem Einverständnis mit den anderen Mächten handelt und es seinerseits an Einwirkungen auf den Sultan behufs Durchführung der verprochenen Reformen nicht hat fehlen lassen. Das geeinigte Europa wird, so schloß Hanotaux seine Ausführungen, wie wir hoffen, sich bei dem Sultan Bestrebungen zu verschaffen wissen und ihm Vorlicht gegen verhängnisvolle Einflüsse beibringen. Es wird ihm bewiesen, daß es sich durchaus nicht darum handelt, diesen oder jenen Theil des Reiches, die eine oder die andere Religion zum Nachtheil der übrigen zu begünstigen, sondern daß alle, Katholiken, Armenier, Orthodoxe sowie Muselmanen unter denselben Uebel leiden und dieselben Verbesserungen verlangen. Es wird dem Sultan gezeigt, daß die Quelle dieser Uebel in der schlechten Führung der Politik, der Finanzen und der Verwaltung liegt. Es wird ihm die Mittel angedeutet, durch welche in seinem Reich überall diejenige Ordnung herbeigeführt wird, ohne welche ein Staat nicht bestehen kann. (Beifall.) Europa wird vom Sultan die Verwirklichung seiner eigenen Versprechungen fordern, es wird von ihm verlangen, die schon bewilligten Reformen durchzuführen und sie auszuweihen, den gewaltsamen Repressalien ein Ende zu setzen und den größten Nothständen abzuhelfen. Man wird ihm mit aller Autorität wiederholen, daß die Existenz der Europäercolonien ihm anvertraut und daß er für dieselbe verantwortlich ist, daß er nicht allein seinen Unterthanen, sondern allen, welche auf ottomanischem Gebiete leben, Sicherheit, öffentlichen Frieden und Ordnung schuldig sei. Man wird ihm endlich zu beweisen wissen, daß diese Politik die einzig loyale und starke und die einzig würdige ist und daß endlich hier, und nur hier allein für ihn und die Seinen die Ehre und das Heil liegt. (Beifall.) Frankreich verwerfe die Politik der Abenteuer, es bemühe sich, in dem ihm zukommenden Maße die so heißen Europa vorliegenden Fragen zu lösen. So ernst diese Probleme sein mögen, sind sie doch nicht unlösbar, wenn alle daran arbeiten, wie wir selbst es thun im Geiste der Eintracht, der Gerechtigkeit und der Einmüthigkeit. (Einheiliger Beifall.) Nachdem der Sozialist Jaurès allerlei krauses Zeug geredet hatte, wurde eine von Jaurès eingebrachte Tagesordnung mit 451 gegen 54 Stimmen abgelehnt. Eine von Develle eingebrachte Tagesordnung, welche den Erklärungen der Regierung zustimmt,

wurde mit 402 gegen 90 Stimmen angenommen. — Für die Opfer der Ueberschwemmungen in Frankreich bewilligte die Deputiertenkammer am Dienstag einen Credit von einer Million Francs. — Eine Interpellation über Madagaskar beschäftigte am Dienstag den französischen Senat. Unter lebhafter Bewegung des Hauses brachte Brovoit Delaunay eine Interpellation über Madagaskar ein; Redner besprach den Ursprung der Expedition und tabelte die begangenen Fehler, namentlich die Ernennung des Residenten Baroche, welcher Protestant und englischen Rathschlägen gefolgt sei. Redner protestirte gegen die colonialen Ausdehnungsbestrebungen, welche viel Blut und viel Geld kosten, ohne Nutzen zu bringen. Der Colonialminister Lebou ergriß sodann das Wort zur Entgegnung, in der er ausführte, sobald die Regierung von dem Zwiespalte zwischen den Civil- und Militärbehörden auf Madagaskar Kenntniß erlangt habe, sei General Gallieni dahin gelangt und es seien ihm energische Instruktionen zur Unterdrückung des Aufstandes und zur Beilegung der Hegemonie der Hovas erteilt worden. Gallieni habe vollkommen Freiheit in seinen Maßnahmen; er werde alles, was er an Mannschaften und Proviant verlange, erhalten. Der Minister theilte schließlich mit, er werde in Wälde eine Vorlage betreffend die Aufnahme eines Anlebens zum Zwecke der Conversion der Madagaskar-anleihe einbringen. Man könne hoffen, daß der Aufstand bald unterdrückt sein werde. (Beifall) Auf den Antrag des Ministers nahm der Senat schließlich die einfache Tagesordnung an.

Spanien. Zum spanischen Millionen-umpump wird gemeldet, daß die Königin-Regentin am Dienstag den Erlaß unterzeichnete, betreffend eine innere Anleihe von 400 Millionen Pesetas, welche durch die Einnahmen aus den Zöllen garantiert werden soll. Nach einer Meldung des „Temps“ sollen zunächst nur 200 Millionen der inneren Anleihe ausgegeben werden und zwar wahrscheinlich zum Zwecke der Tilgung der Eisenbahn-Schulden und das außerordentliche Kriegs- und Marinebudget decken. — Auf den Philippinen in fern wollen die Spanier Erfolge über die Sultane erringen haben. Nach einer Meldung des Madrid „Imparcial“ aus Manila schlug die Colonne Pinós eine Abtheilung von etwa 800 Aufständigen nach einem heftigen Bajonettkampf in der Nähe von Las Pinas. 90 Aufständische sind gefallen. Nach einer Depesche aus Hongkong wurden die Aufständigen auch bei Biancaalaca und an den Ufern des Panisit geschlagen.

Türkei. Die Verichte aus Konstantinopel lauten noch immer sehr trübe. Nach der „Times“ fanden Sonntag zahlreiche Verhaftungen von Türken statt, die mit einer Verschönerung zur Plünderung von Pera und zur Ausführung von Missethaten in Verbindung gebracht werden. Allgemeine, entwerfende Unruhe sowie weitverbreitetes Elend und Armut kennzeichnen die Lage. Unter den verhafteten Türken befinden sich auch Geistliche. Es ist eine strenge militärische Bewachung der Türkenviertel verfügt, da Demonstrationen wegen der wachsenden Gehaltsrückstände befürchtet werden. Zwischen dem im Ildiz-Kloster sehr einflussreichen Dinet Bey und dem ersten Secretär des Sultans, Tassif Bey, hat ein erster Streit stattgefunden, der im Ildiz-Kloster großes Aufsehen erregt. Ein Erlaß des Großvezirs an die mit dem Sicherheitsdienst betrauten Behörden befragt, daß die ausländischen armenischen Comités 200 Mitglieder zur Ausführung verbrecherischer Anschläge besetzt hätten; 100 Mitglieder seien bereits eingetroffen, während sich die übrigen 100 noch auf im Hafen liegenden Schiffen befänden. Der Erlaß ordnet strengste Wachsamkeit an.

Deutschland.

Berlin, 5. Nov. Der Kaiser ist gestern früh gegen 9 Uhr in Groß-Strehlitz (Schlesien) eingetroffen und von der Bevölkerung jubelnd begrüßt worden. Zum Empfang auf dem Bahnhof waren erschienen Graf Schichelsky-Pearse, Landrath von Alten, Bürgermeister Gundrum, Generaldirector Biehler, Erbpriester von Hohenlohe und Kammerherr von Zawadzki. Nach Begrüßung der Anwesenden fuhr der Kaiser unter den begeisterten Huldigungen der angesammelten Volksmenge nach dem Jagrevier. Reitervereine bildeten am Bahnhofe Spalier. Abends war der Ort festlich beleuchtet. Die gefestigte Jagd bei dem Grafen Schichelsky-Pearse mußte mittags wegen heftigen Sturmes abgebrochen werden, findet aber heute ihre Fortsetzung. — Die Kaiserin wohnte gestern Vormittag in Zehlendorf der Einweihung des Neubaues der dorthin verlegten Erziehungs-Anstalt für verwaiste Kinder bei. Nach beendigter Feier, bei der Generalsuperintendent

Hosprediger Faber die Weiherede hielt, kehrte die Kaiserin um 11 Uhr nach dem Neuen Palais zurück. — (Der „Reichsanzeiger“) nimmt noch einmal das Wort, um der Behauptung der „Bank- und Handelsztg.“ zu widersprechen, wonach Kaiser Nikolaus auf die Ausführung der Abticht, während seiner Anwesenheit in Deutschland dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen Besuch abzustatten, verzichtet habe, „weil ihm von höchster Regierungsstelle aus der Bericht nahe gelegt wurde“. Der „Reichsanzeiger“ sagt, er sei zu der Erklärung ermächtigt, daß weder an Alr-höchster Stelle noch in amtlichen Kreisen von einer Abticht des russischen Kaisers, den Fürsten Bismarck zu besuchen, etwas bekannt geworden ist. — Wenn der „Reichsanzeiger“ sich veranlaßt sieht, sich mit Auslassungen der „Bank- und Handelsztg.“ zu beschäftigen, so muß man in amtlichen Kreisen wohl Grund haben, anzunehmen, daß die in Rede stehenden Behauptungen von dem Fürsten Bismarck nahestehenden Personen herrühren.

(Ueber die Gehaltserhöhung der Beamten) wird in einer in den nächsten Tagen stattfindenden Sitzung des Staatsministeriums Beschluß gefaßt werden. Der „Nationalztg.“ wird bezeugt, daß eine Erhöhung des Anfangsgehalts der Richter von 2400 auf 3000 Mark erfolgen soll. In der Presse verbreitete Zweifel, ob eine Gehaltserhöhung für die Lehrer der höheren Schulen beabsichtigt sei, werden dem Walle als grundlos bezeichnet. Auch für diese Beamtenklasse ist eine Verbesserung gegen die vor einigen Jahren erfolgte Regelung ihrer Besoldungsverhältnisse vorgesehen. Für die Universitätsprofessoren wird gleichfalls eine Gehaltserhöhung stattfinden. Ferner ist auch eine Milderung der Ungleichheiten in Bezug von Collegengeldern beabsichtigt. Für die Beamten der Bauverwaltung ist u. a. die Errichtung von 130 neuen etatsmäßigen Stellen beabsichtigt. Gleichzeitig mit den Vorschlägen für die Gehaltserhöhungen wird ein Gesetzentwurf befaßt Erhöhung der Wittwen- und Waisen-Pensionen eingebracht werden; bei den Wittwenpensionen wird sowohl der Mindest-, als der Höchstbetrag gesteigert werden. Ueber die Besoldungserhöhungen der Offiziere hört das Blatt, daß u. a. das Gehalt der Premierlieutenants auf 1800 Mark, das der Hauptleute auf 3600 Mark gebracht werden soll.

(Die Gütertarif-Ermäßigungen) mit denen die Miquel'sche Presse Stimmung für den Finanzautomaten zu machen bemüht ist, beschränken sich auf die vom Minister Maybach schon 1891 geplanten Staffeltarife für Brennstoffe u. s. w., die in der ersten Zeit einen Einnahmeausfall von 15 Millionen Mark nach sich ziehen können. Die Differenzen zwischen dem Finanzminister und dem Eisenbahnminister betreffen der „Nat. Ztg.“ zufolge lediglich die etatsmäßige Veranschlagung der Mindereinnahmen.

(Zur Auslegung des Vereinsgesetzes.) In einem neuerdings in einer Strafsache wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes ergangenen Erkenntniß des Kammergerichts ist ausgeführt, daß der in Betracht kommende Verein als ein solcher anzusehen sei, der auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezeuge. Zur Begründung heißt es in dem Erkenntniß, daß die Agitation für die sozialdemokratische Partei, deren Ziel der Umsturz der Staatsverfassung, der Gesetzgebung und der sozialen und religiösen Verhältnisse der Gegenwart ist, eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, indem die verfolgten Ziele das öffentliche Interesse berühren.

(Ein Brief Bismarcks) wird seltsamer Weise in der „Times“ veröffentlicht. Darin ist auseinandergelegt, warum die Indier in Deutsch-Ostafrika härter bestraft werden, als Araber und Negers. Die Indier bilden, so heißt es in dem Briefe, den reichsten Theil der farbigen Bevölkerung, sie häufen Kapital an und senden es dann an ihre Verwandten in Indien. Bismarck erklärt dann die Meldung, der Administrator von Kilwa habe 23 indische Kaufleute hingerichtet lassen, für unbegründet. Eine Anzahl indischer Kaufleute sei schuldig erkannt worden, ausständische Kapitäne gegen die Deutschen unterstützt zu haben, die Todesstrafen seien aber in Selbstschutz und in zwei Fällen in Auswechslung umgewandelt worden.

(Colonialpolitik) Oberstleutnant von Trotha, der stellvertretende Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, tritt nach einer der „Deutschen Tagesztg.“ zugegangenen telegraphischen Meldung aus Dar-es-Salaam von seinem Posten als Bismarck-Gouverneur und Kommandat der Schutztruppe zurück. Oberstleutnant von Trotha begiebt sich, sowie er von seiner Inspektionsreise zurückgekehrt ist, nach Europa. Das Ausschreiben von Trothas aus dem Reichsdienst sei auf den Rücktritt des Gouverneurs von Bismarck und auf die Personalfrage betreffs dessen Nachfolger wohl in erster Linie zurückzuführen.

Für die Nachfolgerschaft Bismarcks auf den Gouverneurposten in Deutsch-Ostafrika kommen nach der „Deutschen Tagesztg.“ nur noch Legationsrat von Schwarzkoppen und Finanzdirector von Bennigen in Dar-es-Salaam in Betracht. — Die Eisenbahn, welche das deutsche Reich in Südwestafrika bauen soll, würde nach der „Frankf. Ztg.“ 15 Millionen Mark kosten. Dafür soll das Reich eine 3prozentige Bausgarantie von rund 450 000 Mark jährlich übernehmen. In Südwestafrika würde nicht einmal eine Dampfbahn die Betriebskosten decken. Freilich wird den Unternehmern ja auch nur zugewandt, den Unterschied zwischen dem Kurs der 3prozentigen Reichsanleihe und dem Paricurs zu rüsten — Aus Argentinien sollen Kautschuker nach Südwestafrika eingeführt werden zur Herstellung eines Pflanzenschnittmittels Karem. Im nächsten Etat werden dafür 15 000 Mark ausgeworfen.

Volkswirtschaftliches.

(Der „Hamb. Correip.“ kündigt für Preußen Ermäßigungen mancher Gütertarife an, insbesondere für solche Güter, bei denen Aussicht besteht, nach Ueberwindung einer Leubungszeit die französischen Wirtungen der Herabsetzungen der Beförderungspreise durch Vermehrung der Beförderungsmassen auszugleichen. Genau so, wie früher schon die „Post“, bewegen sich diese Ausführungen in einem Halbton, welche sehr geeignet sind, wie man vermuten kann, auch darauf berechnet ist, Freunde für den Miquel'schen Ausgleichsplan u. s. w. zu gewinnen. Ueber den Kreis der Tarifermäßigungen, welche in Aussicht genommen sind, erklärt man nicht das Mindeste — vielleicht deshalb, weil zwischen dem Finanzminister und dem Eisenbahnminister Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt bestehen.

(Das von der sächsischen Militärverwaltung seit einigen Jahren befolgte Verfahren, den Bedarf des Heeres an Körnerfrüchten von den sächsischen Landwirthen möglichst direkt zu kaufen, hat sich nicht bewährt. Die sächsischen Provinzialräthe klagen darüber, daß ihnen, in Folge des schlechten Ernteverfalls, von Seiten der Landwirthe neuerdings fast gar keine Angebote gemacht werden. Um den Bedarf an Körnerfrüchten zu decken, sieht sich daher die Militärverwaltung genöthigt, sich an andere Bezugsquellen zu wenden und außer-sächsisches Getreide zu kaufen.

(In Tunis ist seit dem 15. October der Generaltarif gegen Deutschland in Kraft getreten, während alle anderen Länder, welche Handelsbeziehungen zu Tunis haben, nach wie vor das Meistbegünstigungsrecht genießen und dem alten Zolltarif (1/2 bis 8 pSt. ad valorem) unterstehen. Dieser Generaltarif bedeutet nahezu die Vernichtung des Handels mit Deutschland. Kraft der sogenannten Capitulationen (Verträge mit Türkei und ihren Vasallenstaaten) hat Deutschland gleich Frankreich, England u. neben anderen Vorrängen auch das der meistbegünstigte Nation. Dies ist auch von Frankreich bei der Okkupation von Tunis (1881) anerkannt und bei Abtretung der Gerichtsbarkeit (1884) bestätigt worden. Demnach ist, wie dem „B. T.“ geschrieben wird, die Anwendung des Generaltarifs gegen Deutschland ein Akt der Willkür, wie er nur selten von modernen Staaten geübt wird. Die Schroffheit der Maßregel wird noch dadurch erhöht, daß dieselbe plötzlich getroffen wurde, ohne der Geschäftswelt eine Frist zur Lieferung der in Ausführung begriffenen Aufträge zu gewähren.

Provinz und Umgegend.

† Weihenfels, 4. Nov. Gestern Vormittag 9 Uhr haben 16 Arbeiter der Schufabrik von Ernst Schick hier die Arbeit niedergelegt und sind nach dem B. Nbl. in den Streik eingetreten, und zwar aus folgendem Grunde: Der Arbeiter K. sammelte, trotz Verbotes seines Arbeitgebers, von seinen Mitarbeitern Streikgelder — auf den Kopf 15 Pfennig — ein, was seine Entlassung zur Folge hatte. Der Arbeiter Z. überreichte nun Herrn Schick ein Briefschreiben, von mehreren Arbeitern unterzeichnet, in welchem sie gegen die Entlassung des K. protestirten und dieselbe als eine ungerechtfertigte Maßregel bezeichneten. Gleichzeitig hörten 16 Mann auf zu arbeiten und verließen die Fabrik. — Ein dreibeiniger Hase ist gestern auf der Farm von Jordan gefangen worden. Das Eigenhämlichste an dem Thiere ist, daß der fehlende rechte Vorderlauf nicht etwa abgehossen worden ist, sondern sich an dessen Stelle eine deutlich ausgebildete Bogelklaue befindet; auch das rechte Schulterblatt fehlt. Der Hase wurde von Jagdten als ein höchst merkwürdiges Jagdcuriosum bezeichnet.

† Friedrichroda, 2. Nov. Nach mancherlei

Prenting aus Umgegend.

Magdeburg, 3. Nov. Montag Vormittag verrauglückte in der Nähe von Burg der Dienant K... von der Infanterie-Abtheilung auf einem Jagdausfluge. Er wollte vom Wagen aus auf eine Reihe hüben, setzte dann aber das Gewehr wieder ab, ohne zu „sichern“. Plötzlich ging das Gewehr, dessen Hahn sich in der Heiße bedeckt versangen hatte, los und die volle Ladung fuhr dem Unglücklichen in die Brust. Der in der Gesellschaft befindliche Arzt vermochte nur noch den Tod festzustellen.

Eisleben, 3. Nov. Gestern wurde in der katholischen Kirche während des Gottesdienstes eine Frau aus Wimmelburg aus der Kleiderkassette ein Portemonnaie mit 4 Mk. gestohlen. Die Frau bemerkte sehr bald den Diebstahl und es wurde auch sehr bald die Diebin in der Person einer ledigen M. von hier ermittelt; letztere ergriff die Fingerringe aber das Portemonnaie von sich.

Zeugern, 3. Nov. Bei dem Bau der Bahnhofs-Decken-Gebäude ist nach dem B. Kbl. heute in der Nähe von Unterweischen ein schwerer Unglücksfall geschehen. Eine größere Anzahl meist fremder Arbeiter ist dort mit dem Transport von Erdmassen beschäftigt. Dies geschieht mittelst kleiner Eisenbahnwagen in Zügen von etwa zehn solcher Wagen. Die Straße hat ziemlich starken Fall, und die hinteren schwereladenen Wagen schoben gegen die vorderen. Da der stark gebremste erste Wagen Widerstand leistete, stürzten sich die mittleren hoch empor und schlugen über. Dabei wurden vier Arbeiter schwer verletzt; einer davon ist bereits seinen Wunden erlegen.

Cardeleben, 4. Nov. Die königliche Eisenbahn-Verkehrsinspektion giebt amtlich bekannt, daß heute früh gegen 4 Uhr aus dem hiesigen Bahnhofe der von Berlin kommende Personenzug 14 infolge falscher Weichenstellung mit einem ausfahrenden Güterzuge zusammengefahren ist, wobei 5 Personen leicht verletzt wurden. — Zu dem Unfall meldet der hiesige „Kreisbote“, daß der Personenzug sehr stark mit Passagieren besetzt war, da viele derselben zur Fahrt nach Köhlze, wo heute Markttag ist, benutzten. Fünf Personen, darunter zwei Passagiere, wurden leicht verletzt. Das Ausfahrzugsgleis ist wieder fahrbar; die Räumungsarbeiten sind zum größten Theil beendet. Größeres Unglück ist dadurch verhindert worden, daß der Zugführer des Personenzuges auf die Haltesignale des Bahnwärters hin sofort Contretdampf gab und die Lokomotive in Sicherheit setzte.

Lorsgau, 3. Nov. Die Graditzer Auction ist auf Freitag den 20. d. M. anberaumt worden. Es kommen ungefähr 24 Vollbiller und einige ältere Halbfiller unter den bekannten Bedingungen zur Versteigerung.

Großsachsen, 2. Nov. Die Mauerbauarbeiter'schen Geheule haben in kurzer Zeit fünf Kinder durch die Diphtheritis verloren, ein sechstes liegt schwer krank darnieder.

Klingenthal, 4. Nov. Zwischen hier und Großk. befindet sich die sogen. Kupferhammermühle. Dort war am Montag früh der Arbeiter Böhm aus Eisenberg mit dem Auflegen des Treibriemens auf die Welle beschäftigt, was er ziemlich ungeschickt anstellte. Plötzlich wurde er an den Weinen erfasst und unglückliche Male herumgeschleudert, so daß der Kopf des Unglücklichen bald nur noch eine unförmliche Waffe bildete. Böhm war sofort todt; er hinterläßt Frau und Kind.

Arnstadt, 1. Nov. Ueber die jüngst hier veranstaltete Ministerial-Conferenz kürzingerischer Staaten wird noch bekannt, daß man beabsichtigt, die Einzelheit durchzuführen 1) für sämtliche jugendlichen Strafgefangenen, 2) für alle noch nicht vorbestraften Straflinge, 3) für diejenigen, deren Strafe geringer als drei Monate ist. Da außerdem die Befangenen während der Nachtzeit isolirt werden sollen, so machen sich in Scherenshausen bedeutende bauliche Veränderungen nothwendig.

Leipzig, 4. Nov. Auf offener Straße wurde heute der Colporteur Schuler zwischen Vorderau und Kleinjochter mit mehreren Kopfwunden todt aufgefunden. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß Verbrechen angehängt ist, vielmehr Unglücksfall vorliegt.

Localnachrichten.

Merseburg, den 6. November 1896.

Seit einigen Tagen ist die von uns bereits erwähnte Ueberwältigung des „Schafgrabens“ beendet. Alle Freunde unserer prächtigen Anlagen vor dem Gottfriedstheater werden diese Abnahme mit Genugthuung begrüßen, denn die stagnierende Wasser des Längs nicht mehr in seine Umgebung

passenden Grabens mußten gar oft Auge und Nase des Spaziergängers empfindlich verletzen. Der aus widerstandsfähigem Mauerwerk bestehende, ringsum geschlossene neue Kanal ist in Eiform hergestellt und hat eine Länge von 50 Meter, eine Höhe von 2 Meter und eine größte Breite von 1,30 Meter. Da seine Decke immer noch wesentlich tiefer liegt als das benachbarte Terrain, so ist die Möglichkeit gegeben, seine Spur vollständig zu vernichten und ihn in erwünschter Weise mit Anpflanzungen zu versehen. Durch die Ausführung desselben hat übrigens der von der königlichen Regierung damit betraute Bauunternehmer Herr Gustav Graul einen bemerkenswerthen Beweis von Leistungsfähigkeit abgelegt: am 19. October wurde mit den betreffenden Arbeiten begonnen, und trotz der zu bewältigenden Schwierigkeiten stand der Bau bereits am 3. November fertig, nämlich eine volle Woche früher, als man behördlicherseits glaubte annehmen zu dürfen.

Der November ist gekommen, der trübste und am wenigsten beliebte Monat des Jahres. Als wollte er uns einen Vorzeichen geben von den Witterungsverhältnissen, die er uns bringt, beglückte uns der erste Tag des Herbstmonats mit einem dichten feuchten Nebel und einem bleigrauen Himmel, der die Tagesdauer erheblich abtutzte; als Ersatz dafür wurde uns am Montag ein freundlicher Herbsttag beschied. Aber der lagende Sonnenglanz, der heitere blaue Himmel konnte uns nicht über die Thatsache hinwegtäuschen, daß die Zeit gekommen ist, in der allmählich, aber unaufhaltsam die Natur aus dem blühenden Leben in die tiefe, stille Winterruhe hinsturzt. Mehr und mehr verliert sich die Lage, wird die Menschheit in die behaglich erwärmten Wohnräume verwiesen; mehr und mehr aber auch nähern wir uns dem schönsten Feste der Christenheit und der Wende des Jahres, die ihre Schatten bereits in die letzten Novembertage hinein vordringen. Dem Charakter des Monats, dem Ersterben der Natur, der zur inneren Einkehr mahnt, angepaßt sind auch die hohen kirchlichen Feste, die in den November fallen: der Miß- und Vettag und das Kobitenfest. Von den für den November bestehenden Bauernregeln, in denen trotz aller Spöttelei immer noch ein köstliches Wahrheitsstück, seien nachstehend die bekannteren hier angeführt: Im November viel Naß, giebt den Weisen viel Graß; fällt früh im November das Laub zur Erde, wird darauf ein feiner Sommer werden; Wenn um Martin (11.) Nebel hind, wird der Winter meist gelind; Am Allheiligen (1.) Sonnenschein, tritt noch Nachsommer ein (das letztere ist also heuer nicht zu erwarten. Neb.); November-Morgenroth stets mit Regen droht; Viel und langer Schnee, giebt viel Frucht und Kle; Mäßig im November Wärme auf's neu, dann dauert der Winter bis zum Mai; Wenn die Gänse Martin auf dem Eise sehen, müssen sie zu Weihnacht in Schwärze gehen; Sanct Martinus legt mit Dank sich gern schon auf die Osenbank; Sanct Kathrin (25.) stellt Weigen und Weisen ein; Kommt Leopold (15.) mit Winterkälte, ist's gut, wenn bald der Schnee einfällt; Schafft Katharina (25. Nov.) vor Frost sich Schutz, so wartet man lange draußen im Schnee. Man hat ihn lieber dürr als naß, so ist's auch mit Sanct Andreas (30.); Der rechte Bauer weiß es wohl, wie im November man wahren soll; Am Tage Allerheiligen soll die Kuh zu Stalle geh'n.

Eine neue Prägung von 50-Pfennigstücken wird zur Zeit in der Berliner Münze hergestellt und bereits in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen. Die neuen Münzen zeigen auf der Münzbezeichnungseite einen Eichenkranz und ebenfalls einen solchen auf der Rückseite. Der Adler ist bedeutend kleiner als bei den bisherigen Fünfzigpfennigstücken und mit schräg abfallenden Fingerringen. Die Reite des Brustschildes wird durch kleine Adler gebildet.

Nachdem in voriger Woche die Temperatur der Luft außerhalb der Stadt nachts mehrmals bis unter den Gefrierpunkt gesunken, trat dieses Factum in der gestrigen Nacht auch innerhalb der Stadt ein. Das Minimum-Thermometer zeigte am Morgen 1 1/2 Grad R unter Null. Auf freien Plätzen und außerhalb der Stadt wurden 2 1/2 bis 3 Grad Rülte beobachtet. In den gestrigen Mittagsstunden hob sich die Temperatur bis auf 4 Grad R. über Null. — Nach Professor Rudolph soll im Monat November die Niederschläge von 4. bis 8. kleiner und die Temperatur höher werden; vom 9.—13. nehmen die Niederschläge fast ganz ab; vom 14.—19. etwas Regen; vom 20.—27. tritt eine vollständige Wende der Witterung, ein Temperatursturz, ein. Zunächst treten mehr trockene, dann aber mit Regen gemischte Schneefälle ein, die namentlich im Süden ziemlich ausgebreitet sind. Die Kälte wird bedeutend. Vom 28. bis 30. wird es plötzlich bedeutend wärmer,

die Schneefälle dauern aber fort und werden sehr ausgiebig, auch die Regen nehmen zu. Der 5. November (Reinwand) ist ein trübiger Tag 1. Ordnung, der 20. (Vollmond) ein solcher 3. Ordnung.

Im Dome findet nächsten Sonntag den 8. d. M. abends 7 Uhr, eine von dem blinden Orgelvirtuosen Hrn. Bernhard Pfannstiel veranstaltete geistliche Musikaufführung statt. Als Mitwirkende fungiren neben dem als Meister auf der Orgel hier längst bekannten Herrn Pfannstiel die Dratorienängerin Fr. Margarethe Corti und der Violinvirtuose Hr. Heinrich Walz, beide aus Leipzig. Wir machen die Freunde geistlicher Musik auf dieses Concert ganz besonders aufmerksam.

Gerechtigungsverhandlungen.

Galle, 14. Nov. Ein für Radfahrer bemerkenswerther Fall kam vor der hiesigen Strafkammer zur Verhandlung in der Sache des Dr. med. Ernst Köhn hier und des Dr. med. Fritz Egert hier. Beide waren vom hiesigen Schöffengericht wegen Uebertretung der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 21. Februar 1896 zu 1 Mk. Geldstrafe ein Tag Haft verurtheilt worden, wogegen sie Berufung eingelegt hatten. Jene Berufung bestimmt u. a., daß die Radfahrer auf der Straße den Fußgänger (im Besonderen der Fußgänger) nicht die Fahrbahn besetzen dürfen, sondern die rechte Seite der Fahrbahn oder Fahrbahn einhalten haben. Hiergegen sollten die Angeklagten insofern gestellt haben, als sie am 23. Juni d. J. abends gegen 6 Uhr auf Fahrwegen den für Fußgänger bestimmten Weg auf der Merseburger Chaussee befahren hatten, was auch die Angeklagten einräumten. Aber der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Schuchardt, erhob den Einwand, es sei fraglich, ob die von den Angeklagten zum Radfahren benutzte Straße im Sinne jener Verordnung, nämlich in vorliegendem Falle der Verkehr zur Beförderung des Verkehrs der Fußgänger auf Fußwegen der Ortsgasse nicht behindert zu lassen, diese solle der Zweck erwünschter Verordnung sein. Auch müßte darauf hingewiesen werden, daß der Fußweg auf der Merseburger Chaussee mit seinem schiefen Pflaster für Radfahrer gefährlich ist. Aus dem zur Verlesung gebrachten Gutachten eines Sachverständigen ergab sich, daß thatsächlich der schiefere Pflaster auf dem Fußwege ist, hergestellt aus sogenannten Kopfsteinen und durch das Befahren mit Lastwagen uneben geworden. Das hieße ein Hinüber auf hohes nach Regenarter, wie es an trostlichen Abende der Fall gewesen. Dagegen behauptet der hiesige Staatsanwalt, daß das Pflaster in der Ortsgasse nicht so gut wie das auf jener Straße, aus Rücksicht auf ein letzteres allerdings nicht hergestellt wie in der Ortsgasse. Ingeheim müßte der Zeuge, daß die Angeklagten den Fußgängerverkehr nicht behindert hätten. Er meinte aber, es könne auf dem dortigen schiefen Pflaster mit Fahrrädern ganz gut gefahren werden. Dem Antrage des Verteidigers schloß sich der Staatsanwalt an mit dem Bemerkten, es komme hier der Begriff „Ortsgasse“ in Betracht. Die betreffende Straße der Merseburger Chaussee ist Landstraße und diene dem landlichen Verkehr, nicht aber dem Verkehr in bewohnten Orte. Das Urtheil lautete auf Freisprechung der Angeklagten mit der Begründung: wenn fragliche Verordnung einen Sinn haben solle, so könne es sich dabei nur um die Theile der Ortsgasse handeln, die bewohnt seien. Die von den Angeklagten zum Radfahren benutzte Straße des Fußweges liege außerhalb der bewohnten Ortsgasse; demnach rechtfertigt sich die Freisprechung. Dagegen habe der weitere Antrag des Verteidigers, auch die den Angeklagten durch die Vertheidigung erwahnen Kosten der Staatskasse zur Last zu legen, abgelehnt werden müssen, weil bei bloßen Uebertretungsfällen ein Verteidiger nicht erforderlich sei.

Kassel, 2. Nov. Das Kinderwaidmädchen Müller, welches einem Säugling ihrer Herrschaft auf Wilhelmshöhe Phosphorölle von Schwefelblende in eine Milchflasche gethan und das Kind diese Substanzen trinken ließ, wurde wegen des Verstoßes gegen die Vorschrift, welche nach nicht 15 Jahre alt ist, zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt. Das Kind wurde durch die Aetze getretet.

Vermishtes.

(Große Ueberschwemmungen) werden von der Apenninhal San Miguel gemeldet. Die Stadt Misirone wurde fast zerstört, zahlreiche Menschen verloren ihr Leben. Die Ernte ist vernichtet. (Erdrutsch.) Bei Portole in Sizilien bildete sich ein Ausfallstrich. Ganze Grundstücke mit Weinbergen und Obstbäumen gerethen ins Ruin und setzten sich auf den benachbarten Felsen fest. Eine Erderückführung brachte in Balmie am Fuße des Monte Argagna die Wannen zum Bersten und riss einen 300 Meter langen Erdschutt. (Todeskurz einer Athletin.) Auf der Bühne des Olympiathaters zu Paris machte die Athletin Miss Rand, eine 21jährige, hübsche Dame, über dem sechs Meter hohen Podium ihre gewohnte Trapeskunst. Hierbei gab eine der Stützen nach und die Dame, welche in diesem Augenblicke einen Antriebslenkung ausführen wollte, stürzte auf das Podium, da ein Sicherheitsnetz nicht ausgebreitet war. Die Unglückliche lag 300 Fuß so schwere Betreibungen zu, daß sie wenige Stunden später im Central-Sanktuarium in den Armen ihres Vaters verstarb. Das arme Mädel lag sich selber an, den Tod seines einzigen Kindes verquälend zu haben, weil er die Anstellung des Turnapparates nicht genügend überwacht hatte. (Wergurtsch.) Im Wajaleitischal droht ein großer

Fähigkeiten ist nunmehr die Eisenbahnenbaufreie Friedrichs-Georgenthal feierlich eröffnet worden. Es lief gefiehn der erste, von Waltershausen kommende Zug unter den Klängen der Musik auf Bahnhof Reinhardsbrunn ein. Hier hielt Bürgermeister Schöna eine Ansprache, die mit einem Hoch auf den Landesfürsten schloß, worauf dann die Fahrt durch den schöngeleiteten Tunnel erfolgte. Die Eröffnungsfestlichkeiten fanden in Georgenthal bei einem solennen Festessen ihren Abschluß.

† Langenlizza, 2. Nov. In der letzten Berammlung des Gewerbevereins stand n. a. die Handwerkerverorlung auf der Tagesordnung. Die Debatte über diesen Punkt war eine sehr reiz. Die meisten Redner nahmen der Vorlage gegenüber eine ablehnende Haltung ein, so daß sich bei der Abstimmung der Verein mit allen gegen zwei Stimmen gegen die Zwangsorganisation des Handwerks entschied.

† Jena, 4. Nov. Ueber die hier am Sonntag eröffnete Volkslesehalle und öffentliche Volksbibliothek ist zu berichten: Die Räume umfassen zwei Stockwerke und Dachkammer und sind von morgens 9 Uhr bis abends 10 Uhr für Jedermann aus dem Volke geöffnet. Bittungen aus allen Gebieten des Wissens und der Belletristik, Tagesblätter und periodische Zeitschriften liegen in reichlicher Anzahl auf. Die Bibliothek umfaßt jetzt schon 3000 Bände. Die Kosten werden durch Zuschüsse aus den Ueberschüssen der berühmten Karl Feil-Stiftung und durch Beiträge verschiedener Vereine aufgebracht, und zwar stehen zu diesem Zwecke insgesamt 7000 Mark sächlich zur Disposition. Es fließen aus der Stadt eine große Anzahl von Vereinen, darunter auch politische, und zwar jeder Vereinsthätigkeit; nur der Wahlverein der Genossen ist ausgeschlossen. Im Comitee sitzen trotzdem neben 3 anderen Directoren auch 2 Arbeitervertreter.

† Hilburghausen, 1. Nov. Ein sehr seltener Fundgegenstand befindet sich gegenwärtig im Schloss „Zur Warthe“. Dort sind am letzten Schweinemarkt 4 Laufschnitzweine „stehen geblieben.“ Bis jetzt hat der Besitzer sich noch nicht gemeldet.

† Genthin, 1. Nov. In unserm Reichardsdorf Redefin ist, wie die S. 37. mittheilt, eine größere, neue, harmonisch abgestimmte Glocke aus der Gießerei von Ulrich in Apolda in Benutzung genommen worden. Sie trat an Stelle einer im vorigen Jahre zerbröckelten Glocke von 18

historischer Bedeutung; sie wurde nämlich auf der jetzigen Feldmark Rehe gefunden und man nimmt an, daß sie aus der Zeit des 30jährigen Krieges stamme. Auf der jetzigen Feldmark Rehe soll früher das Dorf Rehdorf gestanden haben, das in 30 jährigen Kriege zerstört wurde. Noch vor kurzer Zeit fand ein Aedemann beim Pflügen auf der bezeichneten Feldmark, deutlich erkennbare Sargüberreste und Wägenfunden.

† Leipzig, 2. Nov. Von der Polizei wurden am Freitag vier Schulknaben im Alter von 11 bis 14 Jahren, die sich in verdächtiger Weise in der Grimmaischen Straße herumgetrieben hatten, verhaftet. Wie sich herausstellte, sind die unten Fräulein ihren Eltern in Dessau entlaufen, haben dortselbst und auch hier eine ganze Anzahl Ladendiebstähle verübt. Es wurden bei ihnen Taschenspielen, Leuchtenten und andere Waaren, die sie zusammengehohlet hatten, vorgefunden. Drei der Knaben, die das 12. Lebensjahr überschritten haben, wurden an die Staatsanwaltschaft hierüber abgeliefert. Der vierte, erst 11 Jahre alte Knabe wurde seinen Eltern zugeführt.

† Leipzig, 3. Nov. Nicht weniger als 13 Selbstmorde und 5 Selbstmordversuche sind im Laufe des verwichenen Monats im hiesigen Stadtgebiete zu verzeichnen, und zwar sind es 10 männlichen und 3 weiblichen Geschlechts, die selbst Hand an sich legten. An schweren Unglücksfällen mit tödlichem Ausgange haben sich auch mehrere ereignet. So ist ein 61 Jahre alter Arbeiter a. f. einem Neubau von einem herabstürzenden Eimer erschlagen, ein 24jähriger Knabe verbrannte sich mit kochendem Wasser derart, daß er an den Folgen starb, und ein 30jähriger Markthelfer wurde durch ein herabstürzendes Jagd tödtlich verletzt.

† Radeberg, 2. Nov. Am Sonntag nachten im Gohlis 31 Kinder auf mehrere junge Leute, unter denen auch der 20jährige Lichtergeselle H. bestand, in übermäßiger Weise. H. mußte sich insbaldessen übergeben, wobei ein Stück eines Knochens aus der Speise in die Luft öhre geriet und sich selbst so fest hie, daß der junge Mann durch Ersticken seinen Tod fand.

† Baunzen, 3. Nov. Hier tödtete der Raucher Kose seine Ehefrau durch Völsche, weil sie ihm Gold zum Schnapsankauf verweigerte. Der Mörder wurde verhaftet.

Vermischtes.

* (Die beiden Mörder des Justizraths Levy.) Werner und Grobe, haben am Dienstag bei ihrer Gegenüberstellung eingehend, daß Werner den Justizrath und Grobe die Frau tödten sollte. Werner wußte obir verurtheilt, daß der Justizrath in dem von der Frau aus vertheilt in der Nähe der Wand stehenden Bette schlief, und bewußt sich nach dem Eintritt sofort in den schmalen Gang zwischen Bett und Wand. Da er kurzzeitig ist, bemerkte er nicht, daß er sich geirrt oder aus irgend einem Grunde die Gatten ihrer Lagerstatt geschwächt hatten. Grobe erkannte mit seinen scharfen Augen sofort, daß die Frau an der Wand schlief. Seiner Aufgabe getreu begab er sich ebenfalls an das Bett der Frau und so fanden die beiden Mörder nebeneinander an dem Kopfende des einen Bettes. Ehe ein Angriff erfolgen konnte, ermochte die Frau Justizrathin, sie richtete sich auf und zog unwillkürlich die Bettdecke vor das Gesicht, während sie um Hilfe rief. Erst nach Grobe auf sein Opfer ein, um sicher zu stehen, aber zuvor mit der Hand die Bettdecke bedecken, um die geeignete Stelle der Brust zu finden. Dabei schob er sich in die linke Hand und ließ nunmehr von seinem Opfer ab. Inzwischen war der Justizrath aufgewacht und, um seiner Frau Hilfe zu leisten, aus seinem Bett in den schmalen Gang getreten, der die beiden Betten trennte. Nun schob Werner über das Bett der Frau und hinter dem Rücken vorbei auf Levy ein und brachte ihm die tödlichen Stiche bei. So sah sich Frau Levy plötzlich von beiden Angreifern betreten, die nunmehr die Flucht ergriffen. Die Vernehmung wird von beiden Mörtern jetzt ausgehen. Der Untersuchungsrichter soll überzeugt sein, daß die beiden seine Helfer gehabt haben.

* (Von einem Eisenbahnzug.) Der aus Neustettin kam, wurde am Dienstag bei R. H. ein Fußwerk überfahren und der Führer Gändler G. H. als Polnow getödtet.

* (Den Häubern.) die bei Smyrna den englischen Kapitän Marriot entführten und in die Berge schleppten, ist das geforderte Lösegeld von 10000 Lire eingekauft worden. Kapitän Marriot besah sich auf Urlaub, als er seiner Abreise zum Opfer fiel.

* (Ein Millionen-Ranco) wie schon kurz gemeldet, in der Stabilasse zu Palermo entbirt worden. Als Hauptstuhler wurde der Sincro (Bürgermeister) Marini ernannt, welcher unter Beistand vieler hochgeachteter Personen die seiner Verwaltung unterstellten Kassen seit 1894 geblüht hat. Er wußte selbst die Wohlthätigkeitsfonds, soweit sie seiner Aufsicht unterstanden, nicht zu schonen und that, wo er irgend konnte, um mit dem Gelde zunächst seine Löhner reich auszustatten und den Rest im Auslande in Sicherheit zu bringen. Man fand in seiner Wohnung viele Briefe vor, aus denen erhellt, daß eine Menge Leute ihm bei den Völsungen Handlangere Dienste leisteten. Er selbst erklärte bei der Festnahme, er habe genug Bemerkung, daß es sich um einen zweiten „Panamafanbald“ handle, bei dem er feineswegs der Hauptschuldige sei. Unter anderem verwickelt er auf zahlreichere Mitschreiber mit Geldern um Verhängungen, welche ihm von verschiedenen Stadträten zugefikt worden waren. Inzwischen wurden sechs von ihm auf den Namen des Fürstlichen von Ballavicini gefälschte Wechsel aufgefunden, jeder im Betrage von 34000 Lire. Die Balua hatte Mertines eingekauft. Der Scandal erregt peinliches Aufsehen.

Anzeigen.

Hier diesen Heft überstammt die Redaction vom Publikum gegenüber keine Verantwortung

Amthliches.

Bekanntmachung.
Der Austausch von Postpaketen mit Sansonema muß mit Rücksicht darauf, daß nach einem aus Sansonema eingegangenen Telegramm bezüglich der Eisenbahn Erlaubnis neuerdings Schwierigkeiten sich ergeben haben, für kurze Zeit aufgeschoben werden.
Merseburg, den 4. November 1896.
Kaiserliches Postamt.
Lettermann.

Bekanntmachung.

Die Festsetzung der Kirchengemeinde St. Vitus-Altenburg für das Rechnungsjahr 1. April 1895/96 liegt nach erfolgter Prüfung und Entlastung bei unserm Residenten, Herrn Ritter von Haradt, auf die Dauer von 14 Tagen vom 10. d. M. ab für die Gemeindeglieder zur Einsicht aus.
Merseburg, den 4. November 1896.
Der Gemeinde-Kirchenrat
von St. Vitus-Altenburg.

Deffentliche Sitzung

Der Stadtverordneten-Versammlung
Montag den 9. November 1896, abends 6 Uhr.
Tagesordnung:
1) Beschaffung der Rechnungen a. der Gesamtstabskasse 1894/95; b. der Stabsdien- u. Regimentskasse 1894/95; c. der Schallkass 1894/95; d. der von Schuldt-Wollersdorff'schen Stiftung 1895/96.
2) Genehmigung einer Gehaltszulage.
3) Abänderung der Sect. I des Behaltungsplans.
4) Wahl der Armenbezirksvorsteher für 1897. Geheime Sitzung.
Merseburg, den 4. November 1896.
Der Vorsitzende der Stadtverordneten.
Witte.

Sutterkartoffeln!
Preis p. Ctr. 30. 1.—, verkauft
Ed. Klauss.

Zwangsversteigerung.

Conrad den 7. d. M. Vorm. 10 Uhr, verleihere ich im Casino hier ca. 75 Mr. Puckshin, 26 Mr. Cheviot, 28 Mr. Velour, 3 Mr. Keiholensstoff, 2 Sophas, 2 Verticows, 1 Kleidersect., 1 Damenreißbittsch, 1 sovalen Tisch, 1 Pfeilerspiegel mit Schränkchen und 1 Wäscheschrank.
Merseburg, den 5. November 1896.
Tauschnitz, Gerichtsnotar.

Feld-Verpachtung.

Wegen Aufgabe der Landwirtschaft sollen die dem Herrn Willenbühler H. Uhlitz in der Meißener Wälsche gehörigen in Merseburger, Meißener und Zeitziger Forst besessenen Feldstücke von zusammen ca. 90 Morgen, Dienstag den 10. November cr., nachmittags 3 Uhr, im Hospitalgarten hierseft auf sechs Jahre parzellirt oder auch im Ganzen meistbietend verpachtet werden, wozu Pachtlustige hiermit ergebenst einlade.
Merseburg, den 2. November 1896.
G. Höfer,
Auct.-Commiss. u. gerichtl. vereid. Taxator.

Startoffel-Verkauf.

Doppelt gut und sorgfältig verlesene Kartoffeln besser Qualität und zwar
Ia. weiße Speisestartoffeln a 2 Mr. 80 Pf. pro Ctr.,
Ia. Jewel-Speisestartoffeln a 3 Mr. pro Ctr.,
werden Montags, Diebstags und Sonnabends jeder Woche auch in Vorken von 1/2 Centnern abgegeben.
Die Güterverwaltung
von Carl Berger.

Ein noch gut klingendes tauschfähiges Klavier
ist wegen Mangel an Raum billig zu verkaufen
Gäßlerstraße 5.

Bieh- und Inventar-Auction

in Gohlisch b/Merseburg.
Montag den 9. November cr., vormittags 11 Uhr, sollen im Gohlisch'schen Gute in Gohlisch Viehstübe anfaßte folgen:
2 Ackerpferde, 7- und 9 jährig, 5 Kühe, theils hochtr., 2 Ackerwagen, 1 Kutsche, 1 Marktwagen, Pflüge, Eggen, Wägen, 1 Dreschmaschine, 1 Drillmaschine, 1 große Parie Pünger, ca. 350 Ctr. Futterrüben und verschiedene andere landwirth. Gegenstände meistbietend gegen Baarzahlung versteigert werden.
Merseburg, den 2. November 1896.
G. Höfer,
Auct.-Commiss. u. gerichtl. vereid. Taxator.

Feldverpachtung oder Verkauf.

Der früher O. Mildner'sche Feldplan an der Weisenfelder Straße von ca. 24 Morgen Größe ist baldig im Ganzen oder getheilt zu verpachten bezw. zu verkaufen.
Nähere Auskunft ertheilt
Lindenstrasse 5, part.

Brennholz-Auction

Freitag Nachmittag 2 1/2 Uhr
Sixtberg 18
(am Kaiser Friedrichs-Thurm).

Reißstäbe-Auction.

Mittwoch den 11. d. M., mittags 1 Uhr, sollen im Wälschen Folge 2 Schäfte 3 jährige Reißstäbe auf dem Gute meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden.
Bekanntmachung im Folke.
Der Ortsvorsteher.

Wohnhausverkauf.
Ein Wohnhaus, welches sich mit 570 Mk. bezahlt, ist aus freier Hand zu verkaufen. Zu erfragen Oberbischstr. 9, 1. Et.

Eine Kinderbettstelle mit Matraze

billig zu verkaufen
Gohlischstraße 28, 2 Treppen.
Guterh. Bieh-Möle
und Kommode mit Glasauffsatz
verkauft billig Ammendorf Nr. 54.
6000 Mk.

find auf 1. Hypothek an pünktlichen Rindschäfer per 1. Januar 1897 auszulösen. Off. sind unter T O an die Erpbe. d. Bl. einzuliefern.

Unterallenburg 24

Barriere-Logie zu vermieten. Preis 46 Thlr. Logis, passend für eine alleinlebende Dame, sofort oder später zu beziehen
Gäßlerstraße 7.

Eine möblierte Wohnung

ist zu vermieten Oberbischstraße 5.
Heizb. Schlafstelle
für 1 oder 2 Personen offen
Eisenbentel 3.



Bergmann's Schuppen-Pomade
Vollständig nach dreimonatlichem Gebrauch alle lästigen Kopfgeschichten und wird für den Erfolg garantiert. a. St. Mt. 1.—, bei
F. A. Grubnells, Greifsw.

Perser Teppiche.
Einige schöne echte Perser Teppiche hat zu verkaufen
H. Jänicke, Decorateur,
Brennereistraße 10.

Correspondent.

Er scheint täglich
(mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Telefonausschlag Nr. 3.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Herkunfts-
träger, 1 Mark 25 Pf. durch die Post.

M 262.

Freitag den 6. November.

1896.

„Selbsthilfe“ der Zuckerindustrie.

„Nachdem die Lage der deutschen Zuckerindustrie in Folge des neuen Zuckersteuergesetzes sich nicht verbessert, sondern verschlimmert hat, will man es nunmehr einmal mit der „Selbsthilfe“ versuchen. 26 Jahre lang hat sich die Zuckerindustrie anfangs mit versteckten und schließlich strupplos mit offenen Staatszuschüssen auf Kosten der Konsumenten aufpäppeln lassen — in 21 Jahren haben die Zuckerfabriken nach einer offiziellen Berechnung einen Zuschuß von 137 Millionen erhalten — aber seit die Rübensteuer und damit die Exportprämien für die guten Rübenböden beseitigt und damit die Konkurrenz weiterer Kreise erleichtert ist, hat die Einigkeit, mit der bis dahin die Konsumenten ausgedeutet wurden, einen Riß erhalten und so ist das Gesetz vom 28. Mai zu Stande gekommen, für welches schon jetzt Niemand die Verantwortlichkeit übernehmen will. Auf gesetzlichem Wege eine Änderung herbeizuführen, ist in dem gegenwärtigen Reichstag nicht möglich. Nunmehr soll Hilfe auf dem Wege der „Selbsthilfe“, d. h. durch einen Zuckerring gesucht werden. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn die Zuckerindustrie auf die Staatszuschüsse verzichten wollte. Aber davon ist keine Rede. Das Reich soll fortfahren, der Zuckerindustrie die doppelten Ausfuhrprämien auf Kosten der Konsumenten zu zahlen; dagegen sollen diese durch den beabsichtigten Zuckerring getarnt werden, weitere größere Opfer zu bringen. Das nennt man dann „Selbsthilfe“. Wie die Sache sich in der Praxis gestalten wird, davon entwirft ein Sachverständiger in einer Zeitschrift an die „Saalezeitg.“ ein sehr verdienstliches Bild. Nach dem Plan des deutschen Inlandzucker-Syndikats soll auf jeden im deutschen Reich erzeugten Doppelcentner Rohzucker eine Vergütung von 2 Mk. gewährt und überdies dem dem Syndikat angehörenden Zuckerrefinerien noch ein angemessener Werth gesichert werden. Die deutsche Zuckerproduktion im laufenden Betriebsjahre beträgt etwa 18 Mill. Doppelcentner im Rohzuckerwerth. Davon können etwa 6 Millionen Doppelcentner im Inlande verbraucht werden, der Rest von etwa 12 Millionen Doppelcentner muß zur Ausfuhr gelangen. Eine Bekreuerung dieses auszuführenden Zuckers ist unmöglich; denn das Ausland zahlt nur den freizeitigen Weltmarktpreis; für die Zwecke des Syndikats bleibt also nur der im Inlande verbrauchte Zucker von etwa 6 Millionen Doppelcentner. Um aus dieser Gewichtsmenge die geplante Vergütung von 2 Mark auf die Gesamtunterzeugung von 18 Millionen Doppelcentnern, also 36 Millionen Mark, und ferner den Gewinn der Refinerien sammt den Syndikatskosten von etwa 6 Millionen Mark herauszuschlagen, muß das Syndicat den Preis des Consumzuckers um sieben Mark den Doppelcentner in die Höhe schieben! Heute kostet gemahlener Meißel, in Magdeburg verfeuert 42 1/2 Mark der D. C., während die gleiche Qualität dieses Zuckers in London nur etwa 22 Mark per D. C., also etwas mehr als die Hälfte kostet. Treibt aber das Syndicat seinen Zweck, so wird der Preis in Magdeburg auf 51 bis 51 1/2 Mark steigen und der Preis in London wahrscheinlich noch 1/2 bis 1 Mark sinken, weil die Maßnahme des Syndikats als indirecte Exportprämie wirkt. Der Preis im Inlande wird dann das zweieinhalbfache des Auslands- werthes betragen! Ist es nicht schon jetzt widerständig genug, schließt die „Saalezeitg.“, daß in Deutschland, welches unter allen Zucker erzeugenden Völkern der Welt die bei weitem erste Stelle einnimmt, das kilo Verbrauchs- zucker doppelt so theuer bezahlt werden muß, als in England, welches keinen Centner Zucker selbst erzeugt, sondern seinen gesammten Zuckerbedarf aus dem Continent oder den Colonien kaufen muß? Wie unwirtschaftlich und verwerflich ist es also,

wenn das geplante Inlands-Syndicat dieses Miß- verhältnis noch erheblich zu Ungunsten und auf Kosten der deutschen Zuckerverbraucher verschärfen will! Darum fort mit diesem Zucker-Syndicat! Die deutsche Zuckerindustrie befindet sich keineswegs in einer solchen Nothlage, welche die geplante rückwärtslose Selbst- hilfe rechtfertigen könnte.

Der Sieg Mac Kinley's

bei der amerikanischen Präsidentenwahl ist unter Umständen erfolgt, welche die Niederlage des Silberdemokraten Bryan in unvorhergesehener Weise zu erschweren, gleichzeitig aber die Befürchtungen einer inneren Hochschulzollera unter dem neuen Präsidenten abzumildern geeignet ist. Das bimetalistische Programm Bryans hat demselben einen erheblichen Theil der bisherigen demokratischen Partei abspändig gemacht und für den Vertreter der Goldwahrung gewonnen, und das trotz des Briefes an den Gouverneur von Texas, in dem Herr Bismarck im Widerspruch mit seiner offiziellen



Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag über den Dringlichkeitsantrag Barenther auf Erlass eines Gesetzes zum Schutze der Wahlfreiheit verhandelt. Barenther bekämpfte die Anträge der Majorität des permanenten Strafsengesetz-Ausschusses als zu wenig scharf und trat für weitergehenden Anträge der Minorität ein. Der Regierungsvertreter Sektionschef Ritter von Krall wies auf die wiederholten Erklärungen des Justizministers hin; es sei zweckmäßiger, die Lücken des Strafsgesetzes nicht durch Novellen, sondern durch die Reform des ganzen Strafsgesetzes zu beseitigen. Die Regierung sei bereit, den Wünschen des Hauses zu entsprechen, würde aber empfehlen, auf die im Strafsgesetzentwurf der Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen zurückzugehen. Nach längerer Debatte beschloß das Haus mit großer Majorität, den Antrag Barenther an den Strafs- gesetz-Ausschuß zurückzuverweisen.

Rußland. Zuden deutsch-russischen Beziehungen veröffentlicht die „Röln. Ztg.“ einen längeren Artikel, welcher die russische Auffassung des Verhältnisses Rußlands zu seinem europäischen Nachbarn auf Grund von Neuierungen einflußreicher Russen bespricht und zu dem Schluß kommt,

Rußland und Deutschland hätten keine widerstreitenden Interessen, nur habe Deutschland das zwingende Interesse, zu verhindern, daß der Samen der feindlichen Interessengegenläge aufsprieße. Dieses könnte dadurch geschehen, daß man angesichts der mächtigen panslavistischen Bestrebungen sich hätte, dem Polonismus Vorschub zu leisten. In Oesterreich möchten einschichtige politische Kreise sich alle Mühe geben, Oesterreich-Ungarn von einer innerpolitischen Richtung abzu- lenken, die auf die Dauer den Frieden gefährde. Je mehr dort das Polenthum begünstigt werde, desto mehr komme das orthodoxe und das ruthenische Slaventhum in die Lage der Unterdrückten. Rußland würde dem auf die Dauer nicht gleichgültig zusehen. Ob bei kriegerischen Verwicklungen Deutschland für Oesterreich-Ungarn eintreten könne, sei bei dem rewangellustigen Frankreich nicht möglich zu entscheiden, wohingegen Italien bei Eintritt der geschilderten Sachlage mit eingreifen würde.

Frankreich. Ueber die Haltung Frank- reichs in der Orientfrage wurde am Dienstag in der französischen Kammer verhandelt. Der Abg. Hubbard hatte eine Interpellation eingebracht, in der er namentlich Auskunft darüber verlangte, was die Regierung um Schutz der Armenier gethan habe oder zu thun gedenke. Aus der Beantwortung der Interpellation durch den Minister des Auswärtigen Hanotaux ging hervor, daß Frankreich in der Orientfrage in vollem Einverständnis mit den anderen Mächten handle und es seinerseits an Einwirkungen auf den Sultan behufs Durchführung der vorgeschlagenen Reformen nicht hat fehlen lassen. Das geeinigste Europa wird, so schloß Hanotaux seine Ausführungen, wie wir hoffen, sich bei dem Sultan Gehör zu verschaffen wissen und ihm Vorstich gegen verhängnißvolle Einflüsse beibringen. Es wird ihm demselben, daß es sich durchaus nicht darum handelt, diesen oder jenen Theil des Reiches, die eine oder die andere Religion zum Nachtheile der übrigen zu begünstigen, sondern daß alle, Katholiken, Armenier, Orthodoxe sowie Muselmanen unter denselben Nebeln leiden und dieselben Verbesserungen verlangen. Es wird dem Sultan zeigen, daß die Quelle dieser Uebel in der schlechten Führung der Politik, der Finanzen und der Verwaltung liegt. Es wird ihm die Mittel aneben, durch welche in seinem Reiche überall diejenige Ordnung herbeigeführt wird, ohne welche ein Staat nicht bestehen kann. (Beifall.) Europa wird vom Sultan die Verwirklichung seiner eigenen Versprechungen fordern, es wird von ihm verlangen, die schon bewilligten Reformen durchzuführen und sie auszuweiten, den gewaltthamen Repressalien ein Ende zu setzen und den größten Nothständen abzuhelfen. Man wird ihm mit aller Autorität wiederholen, daß die Existenz der Europäer- colonien ihm anvertraut und daß er für dieselbe verantwortlich ist, daß er nicht allein seinen Unterthanen, sondern allen, welche auf ottomanischem Gebiete leben, Sicherheit, öffentlichen Frieden und Ordnung schuldig sei. Man wird ihm endlich zu beweisen wissen, daß diese Politik die einzig loyale und starke und die einzig würdige ist und daß endlich hier, und nur hier allein für ihn und die Seinen die Ehre und das Heil liegt. (Wohlfühler Beifall.) Frankreich verwerfe die Politik der Abenteurer, es bemühe sich, in dem ihm zukommenden Maße die so heiklen Europa vorliegenden Fragen zu lösen. So ernst diese Probleme sein mögen, sind sie doch nicht unlösbar, wenn alle daran arbeiten, wie wir selbst es thun im Geiste der Eintracht, der Gerechtigkeit und der Einmütigkeit. (Einhelliger Beifall.) Nachdem der Sozialist Faures allerlei krauses Zeug geredet hatte, wurde eine von Faures eingebrachte Tagesordnung mit 451 gegen 54 Stimmen abgelehnt. Eine von Develle eingebrachte Tagesordnung, welche den Erklärungen der Regierung zustimmt,